

Dennis Rohde

- (A) kommensteuer zahlen, dass die Steuersenkung am Ende bei ihnen im Portemonnaie nicht auffällt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ja, wir haben in den letzten Jahren Spielräume im Bundeshaushalt geschaffen, finanzielle Spielräume. Erarbeitet haben sie aber die Menschen in unserem Land, und zwar die, die aufrichtig und ehrlich ihre Steuern und Abgaben zahlen. Genau die sind es, die nun auch von diesen Spielräumen profitieren sollten.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen die Spielräume zur Gestaltung nutzen, um in unsere Gesellschaft und damit in den Zusammenhalt zu investieren. Ich finde, wir müssen in Schulen und Universitäten investieren, damit junge Leute die beste Bildung bekommen und damit höhere Bildung keine Charaktereigenschaft einer Elite wird. Ich finde, wir müssen in Mütter und Väter investieren, damit sie für ihr Kind trotz der Herausforderung des Berufs und des Alltags als Eltern da sein können. Das Elterngeld Plus von Manuela Schwesig war ein Schritt in die richtige Richtung.

Ich finde, wir müssen ganz ausdrücklich in neue und bezahlbare Wohnungen investieren, in die Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus. Mir ist ganz egal, wer dafür eigentlich verfassungsrechtlich zuständig ist. Ich finde, wir müssen mehr Geld in die Hand nehmen; denn es kann nicht sein, dass insbesondere junge Menschen und Menschen mit kleinen Einkommen keinen Platz mehr in unseren Städten finden.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Wir müssen diejenigen im Auge behalten, die Qualifizierungsmaßnahmen brauchen, um überhaupt wieder auf dem Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden. Wir werden natürlich in Polizei und Sicherheit investieren, damit sich jeder hierzulande überall und zu jeder Zeit frei und sicher fühlen kann. Deshalb fordern wir auch einen massiven Stellenaufwuchs bei der Polizei und halten uns bei der Debatte über Hilfsheriffs und einen Einsatz der Bundeswehr im Inland ganz gepflegt heraus.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten, wenn wir Menschen wirklich finanziell entlasten wollen, genau das tun, was Johannes Kahrs und Thomas Oppermann vorhin gesagt haben, nämlich nicht das Gießkannenprinzip bei der Einkommensteuer anwenden, sondern gezielt bei kleinen Einkommen ansetzen, gezielt bei den Sozialabgaben ansetzen; denn die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen sind die wirklichen Leistungsträger in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen in unsere Gesellschaft investieren. Das ist der Gegenentwurf zu einfachen Forderungen nach Steuersenkungen, die nur die Besserverdienenden bevorzugen. Das ist auch der Gegenentwurf zu all denen, die den Mindestlohn aushöhlen wollen, das ist der Gegenentwurf zu all denen, die die Renten kürzen wollen, die die Lebensarbeitszeit am liebsten bis in die Ewigkeit verlängern würden und für ein unfaires Steuersystem plädieren,

sodass diejenigen, die ohnehin wenig haben, noch weniger in der Tasche haben werden. (C)

In unserer sozialen Marktwirtschaft muss immer ein Grundsatz gelten: Starke müssen den Schwachen helfen. Schwächere müssen sich anstrengen und, unterstützt von uns allen, versuchen, wieder stärker zu werden. Deshalb noch einmal mein Appell: Wenn wir Menschen entlasten wollen, dann diejenigen, die die Entlastung dringend brauchen, aber nicht diejenigen, denen man gerne ein Geschenk machen möchte.

Ich möchte weiterhin in einem Deutschland der Gemeinsamkeiten leben, ich möchte, dass unsere gemeinsame Prämisse der Erhalt des sozialen Friedens ist. Sozialer Friede kommt aber nicht von selbst, sondern er muss politisch begleitet und verteidigt werden. Gemeinsamkeit vor Egoismus, Toleranz vor Ausgrenzung, Miteinander statt Gegeneinander – der Aufgabe, dies im Dialog mit den hier lebenden Menschen sicherzustellen, ihre Ängste ernst zu nehmen, Zweifel zu beseitigen und alle mitzunehmen, die es wollen, müssen wir uns als Politik mehr denn je zuvor stellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Johannes Kahrs [SPD]: Sehr gute Rede!)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächste Rednerin spricht Professorin Monika Grütters für die Bundesregierung. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Monika Grütters, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt kommen wir zum Bereich Kultur, der auch zum Kanzleramt gehört. In Zeiten, in denen die Kunst der Diplomatie angesichts weltweiter Krisen und Konflikte zuweilen an ihre Grenzen stößt, ist mehr denn je – davon sind wir überzeugt – die Diplomatie der Kunst und Kultur gefragt. Der Aufwuchs von 74 Millionen Euro im Kulturretat im Vergleich zum Regierungsentwurf des Vorjahres ist deshalb innen-, aber, ehrlich, auch außenpolitisch ein wichtiges Signal.

Ich bin überzeugt: Gerade in Zeiten, in denen harte Interessenkonflikte politische Beziehungen auf große Bewährungsproben stellen, ist es nicht zuletzt, sondern gerade die Kultur, die Brücken baut. Wo Diplomaten – frei nach Winston Churchill – zweimal nachdenken, bevor sie nichts sagen, ist die Kunst – diesmal frei nach Johann Wolfgang von Goethe – gerade die Vermittlerin des Unaussprechlichen.

Ein Weltkulturmuseum, das die Verständigung zwischen den Kulturen über ganz zentrale Themen des Menschseins fördert, entsteht aktuell – Sie wissen das – in der historischen Mitte unserer Hauptstadt, in Berlin, also dort, wo exakt heute auf den Tag genau vor 66 Jah-

Staatsministerin Monika Grütters

(A) ren, am 7. September 1950, die Sprengung des Berliner Schlosses begann. Wir bauen es jetzt wieder auf

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und machen es im Zentrum zu einem Ort, an dem wir uns über die zentralen Themen der Menschheit verständigen wollen.

Mit 14,3 Millionen Euro, die im Haushaltsentwurf 2017 für das Humboldt-Forum vorgesehen sind, ist es das größte und auch, glaube ich, politisch bedeutsamste Projekt und Kulturvorhaben Deutschlands. Es werden knapp 11 Millionen Euro mehr als im Vorjahr zur Verfügung gestellt, um die Bespielung vorzubereiten. Die Gründungsintendantin unter Neil MacGregor, einem ganz großen Europäer, arbeitet seit Anfang des Jahres mit Hochdruck an einem, wie ich finde, sehr überzeugenden Konzept, das Anfang November vorgestellt wird.

Auch die Unterstützung der Barenboim-Said-Akademie für junge Musikerinnen und Musiker aus dem Nahen Osten, die im kommenden Jahr aus meinem Etat dauerhaft 5,5 Millionen Euro erhalten soll, ist nicht einfach nur ein Stück Kulturförderung wie andere auch. Sie darf durchaus auch als ein Beitrag der Bundesregierung zum Friedensprozess im Nahen Osten verstanden werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir vertrauen dabei auf die Sprache der Orchestermusik, also auf eine Sprache, die mehr als jede andere des Zuhörens und Einfühlens bedarf und die als einzige (B) Sprache im Übrigen über den Verdacht einseitiger Parteinahme erhaben ist. Auf die Kraft des unabhängigen Journalismus müssen wir gerade dort bauen, wo politische Krisen mit Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit einhergehen. Wir können das täglich erleben. Die Deutsche Welle, deren Finanzierung den größten Teil meines Etats beansprucht, ist gerade in Krisenregionen und in autoritär regierten Staaten für viele Menschen die letzte Verbindung in die freie Welt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Umso irritierender und auch bedauerlicher ist es, dass die chinesische Regierung vor einigen Tagen die Akkreditierung der Deutschen Welle für den G 20-Gipfel in Hangzhou verweigert hat.

(Franz Thönnies [SPD]: Skandal!)

Ein Land, das die freie Berichterstattung in dieser Weise einschränkt, unterstreicht allerdings genau damit, wie wichtig die Deutsche Welle als Botschafterin unseres demokratischen Rechtsstaats ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch die Beschlagnahme des Materials nach einem fertiggestellten Fernsehinterview mit einem Minister wie gestern in der Türkei entspricht in keiner Weise unserer Vorstellung von Pressefreiheit. Eine solche Beschlagnahme ist in hohem Maße besorgniserregend.

(Beifall im ganzen Hause)

Deshalb ist es richtig, dass wir die Deutsche Welle in (C) ihrem Etat und damit auch in ihrer Arbeit stetig unterstützen. Nur allein für die Programme der Deutschen Welle stellen wir 2017 zusätzlich 7,5 Millionen Euro bereit. Sie dienen ganz besonders der Berichterstattung – ich komme zu den nächsten problematischen Ländern – über die Situation in Russland und der Ukraine, aber auch der Fortsetzung der Programme für Flüchtlinge und für Menschen in den Herkunftsländern der Fluchtbewegung. Die Deutsche Welle tritt mit ihren objektiven Angeboten den vielerorts kursierenden Gerüchten entgegen, die Schlepper systematisch verbreiten, um Menschen mit falschen Hoffnungen und Erwartungen nach Europa und auch nach Deutschland zu locken. Gleichzeitig erklärt und vermittelt sie den Schutzsuchenden, die schon hier sind, unsere Werte, deren Beachtung wir erwarten. Sie unterstützt mit Onlinesprachangeboten und -kursen die Integration.

Kultur ist in vielerlei Hinsicht unser stärkster Integrationsmotor. Ich bin überzeugt: Kultur öffnet Welten. Fremde Lebenswelten zugänglich machen, individuelle Gesichter und persönliche Geschichten zeigen, damit ein abstraktes Thema Gestalt annimmt, und damit dann auch ein sehr breites Publikum zu erreichen, das kann vor allem der Film. Ich freue mich deshalb, dass auch 2017 neben der Förderung durch den DFFF zusätzlich 15 Millionen Euro für die kulturelle Filmförderung, also für künstlerisch herausragende, mutige und innovative Projekte, zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D)

Ja, Kulturpolitik kann man durchaus – das sagt auch das Auswärtige Amt in einer sehr schönen Formulierung immer – als Fortsetzung der Außenpolitik mit anderen Mitteln verstehen, meine Damen und Herren. Selbst die auf den ersten Blick rein selbstbezügliche Erinnerungskultur und Aufarbeitung unserer Vergangenheit wirkt weit über die Grenzen unseres Landes hinaus. Sie hat nicht zuletzt großen Anteil am mittlerweile wieder sehr hohen Ansehen Deutschlands in der Welt.

In diesem Zusammenhang freut es mich, dass das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste sich schon so kurz nach der Gründung zu einer etablierten Größe auch in der Provenienzforschung, in der Aufarbeitung, in Fragen der Rückgabe entwickelt hat. Es erhält 2017 1 Million Euro zusätzlich, insgesamt also über 5 Millionen Euro. – So weit zu den ausgewählten Zahlen aus dem Haushaltsentwurf 2017.

Nicht weniger wichtig, allerdings weniger erfreulich sind die Zahlen aus der von meinem Haus finanzierten Studie „Frauen in Kultur und Medien“, die ich nicht nur finanziert, sondern kürzlich auch vorgestellt habe. Ich werde noch in diesem Jahr zu einem Runden Tisch „Frauen in Kultur und Medien“ einladen. Es ist mir ein Herzensanliegen, dass Frauen wie Männer die gleichen Chancen in Kultur und Medien haben: ob am Sprech- oder Notenpult, ob an der Staffelei oder am Schreibtisch, ob vor oder hinter der Bühne oder der Kamera, ob in öffentlichen Kultureinrichtungen oder in Verbänden – und natürlich auch in meinem eigenen Haus, wo die Frauen-

Staatsministerin Monika Grütters

- (A) quote schon bei 53 Prozent und auf den beiden obersten Führungsebenen mittlerweile bei exakt 50 Prozent liegt .

Im Filmbereich – um das noch kurz anzuhängen – konnte ich im Rahmen der FFG-Novelle zumindest dafür sorgen, dass der bisher geradezu blamabel geringe Frauenanteil in den Gremien der FFA und in den Kommissionen künftig deutlich erhöht wird.

(Beifall bei der CDU/CSU – Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wird nicht reichen!)

Hier geht es nicht nur um Fragen der Gleichberechtigung – das ist nicht wenig –; es geht vor allem um den Verlust an künstlerischer und kultureller Vielfalt dort, wo Frauen weniger Chancen haben als Männer. Deshalb verbinde ich meine Bitte um Ihre Zustimmung zum Haushaltsentwurf 2017 mit dem Appell: Suchen Sie gemeinsam mit mir und uns nach Wegen, wie wir die gleichstellungspolitische Bilanz in Kultur und Medien ebenso kontinuierlich verbessern können, wie wir den Kulturretat in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht haben!

Vielen Dank .

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Sigrid Hupach von der Fraktion Die Linke hat als nächste Rednerin das Wort .

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) **Sigrid Hupach (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir freuen uns, dass es Ihnen, Frau Staatsministerin, erneut gelungen ist, mehr Geld für die Kultur im Haushaltsentwurf zu verankern . Über 5 Prozent mehr oder, in absoluten Zahlen, 74 Millionen Euro mehr, das ist eine beachtliche Summe – eigentlich . Denn schaut man genauer hin, sieht man, dass der Kulturretat mit 1,35 Milliarden Euro lediglich 0,4 Prozent des Gesamthaushaltes ausmacht . Mal anders gerechnet: Allein das Plus von 2,3 Milliarden Euro im Verteidigungsetat ist fast doppelt so hoch wie die gesamte Kulturförderung .

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Na ja, die müssen auch keine Großgeräte kaufen!)

Das ist für uns eine absolut verfehlte Prioritätensetzung,

(Beifall bei der LINKEN)

grundsätzlich und erst recht angesichts der aktuellen Herausforderungen .

Sie haben, wie von uns gefordert, die Mittel der Programme gegen Rechtsextremismus und zur Demokratieförderung verdoppelt . Wir halten es aber auch für notwendig, bedeutend mehr Geld in die Soziokultur und in die kulturelle Bildung zu investieren .

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Linksextremismus!)

Doch gerade bei den Haushaltsposten, die die Kulturar- (C)beit in der Breite und in ländlichen Räumen fördern, die die freie Szene stärken und die sich partizipativen, inklusiven und transkulturellen Ansätzen widmen, also den Kulturförderfonds oder den besonderen Einzelprojekten in den Bereichen Musik, Literatur, Tanz und Theater, sind die eingestellten Mittel nicht akzeptabel . Ich erwarte, dass hier in den Haushaltsberatungen noch entscheidende Fortschritte erreicht werden können .

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen auch mehr Geld für die Kultur – ja . Aber uns geht es vor allem um eine andere Verteilung der Mittel . Mir stellt sich hier die Frage, warum Sie, Frau Staatsministerin, sich nicht grundsätzlich einmal an die Substanz wagen . Auch wenn Sie unsere Forderungen nach einer grundlegend anderen Kulturförderung, nach einer wirklichen Stärkung der Kommunen, damit sie ihren Aufgaben im kulturellen Bereich überhaupt erst gerecht werden können, nach Abschaffung des Kooperationsverbots und nach Einführung einer Gemeinschaftsaufgabe Kultur nicht umsetzen wollen, hätten Sie doch wenigstens einmal eine neue konzeptionelle Idee entwickeln können .

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Warum machen wir nicht gleich alles? Warum zahlen wir nicht alles? Die haben doch einen Vogel!)

So wären dann auch neue Akzente in der Art und Weise der Kulturförderung möglich .

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

(D)

Mit 74 Millionen Euro ließe sich einiges bewegen – und noch viel mehr, wenn man die im Haushalt so sinnlos geblockten 12 Millionen für die Errichtung des Turmes der Garnisonskirche in Potsdam hinzunehmen würde . Ich möchte drei Beispiele für eine sinnvolle Verwendung nennen .

Erstens könnte man den Zugang zu den vom Bund geförderten Kultureinrichtungen erleichtern, indem man freien Eintritt zu den Dauerausstellungen gewährt, die Mindereinnahmen der Museen entsprechend kompensiert und auch noch Geld in die Stärkung der museumspädagogischen Arbeit investiert .

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Super!)

Die Linke sieht darin einen guten Ansatz für eine generelle Bildungsoffensive, für kulturellen Austausch und für eine Stärkung der Museen mit ihren beeindruckenden Sammlungen .

(Beifall bei der LINKEN)

Man könnte – zweitens – endlich bei der Digitalisierung und Sicherung des vielfältigen kulturellen Erbes vorankommen, dafür eine gesamtstaatliche Strategie entwickeln und deren Umsetzung auch ausfinanzieren. Der Handlungsbedarf ist riesig, zum Beispiel beim schriftlichen Kulturgut oder bei der Rettung des Filmerbes . Im Bundesfilmarchiv, aber nicht nur dort, lagern Tausende Filme, die vor dem endgültigen Verfall gerettet werden müssen . Sie müssen digitalisiert werden, sie müssen aber